

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kiffinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Rückfragen bitte an die Redaktion  
vor dem Druckverfahren, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Zeitschriften ist Berlin.

Berlin, den 7. Juni 1930

Gefahr für den Völkerbund.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD, Damaskus, im Juni (Eig. Bericht)

Die Begeisterung der Syrer über das letzte Geschenk ihrer Mandatsmacht, die endliche Gewährung einer Verfassung, ist nicht so gross wie die der französischen Schöpfer. Mit dem Instinkt des Schwächeren fühlen sie recht gut, dass in der Konstitution die Interessen Frankreichs besser gewahrt sind als die der politischen Entwicklung ihres Landes.

Vom französischen Standpunkt aus gesehen ist das Produkt des Oberkommissars Ponsot ein diplomatisches Meisterwerk. Nach aussen hin wahrt die syrische Verfassung tatsächlich auf das strengste die vom Völkerbundsmandat vorgesehenen Formen und erweitert auf den ersten Blick die Rechte Syriens Frankreich gegenüber ganz erheblich. Sie hebt eine Reihe wichtiger Privilegien auf, die bisher von dem Oberkommissar als dem Vertreter Frankreichs ausgeübt wurden. Der Präsident der syrischen Republik wird das Begnadigungsrecht erhalten. Er kann Verträge mit ausländischen Mächten abschliessen und syrische Vertreter im Auslande ernennen, ohne die Mandatsmacht um ihre Zustimmung zu ersuchen. Gleichzeitig wird die syrische Regierung künftighin in der Lage sein, die Organisation der syrischen Armee zu kontrollieren und im Bedarfsfall den Belagerungszustand zu verhängen.

Der Erfolg der Bemühungen Ponsots erscheint umso grösser, als er gegen den zähen Widerstand der nationalistischen Mehrheit der konstituierenden syrischen Nationalversammlung erreicht worden ist, der seit ihrem Zusammentritt so heftig war, dass sie nach kurzer Lebensdauer vom Oberkommissar auf unbestimmte Zeit verlagert wurde. Wenn es trotzdem gelungen ist - wie es in der offiziellen Sprache so schön heisst - die besonnenen Elemente der Opposition endlich für das Abkommen zu gewinnen, so wissen die Auguren diese Feststellung lächelnd zu würdigen. Wer nämlich die Geduld, die Macht, vor allem aber die nötigen Mittel besitzt, kann in den trüben Gewässern der syrischen Politik immer eine Anzahl von Fischen für seine Zwecke fangen. Durch solche Mittel hat auch Ponsot die Front seiner nationalistischen Gegner allmählich zermürbt. Heute steht nur noch der linke Flügel der Nationalisten weiter auf dem Standpunkt, dass eine Konstitution für Syrien frei von allen Vorbehalten zugunsten Frankreichs sein muss. Wenn der vorsichtige Ponsot den Augenblick für günstig gehalten hat, die Verfassung in diesem Augenblick zu proklamieren, so ist das ein deutlicher Beweis dafür, dass er endlich seiner Sache sicher ist. Die neue syrische Nationalversammlung wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine im Sinne der französischen Wünsche arbeitsfähige Mehrheit aufweisen und der Versuch der nationalistischen Linken, Neuwahlen zu verhindern, wird nichts anderes bleiben als eine leere Drohung.

Das stärkste Manko der neuen syrischen Verfassung besteht darin, dass sie dem Problem der Einigung Syriens aus dem Wege geht und die bisherige Zersplitterung des Landes in eine Reihe aufeinander eifersüchtiger Zwergstaaten nicht nur überbewahrt, sondern noch vergrössert. Dem Sandschak Alexandrette ist eine besondere politische und wirtschaftliche Autonomie zugedacht, damit Frankreichs Einfluss

für den Fall gesichert bleibt, dass die nordsyrische Hafenstadt einmal eine Bedeutung für die Verarbeitung und Ausfuhr von Petroleum erhält. Den Vorteil, kleine Gegner nach Bedarf gegeneinander auszuspielen und evtl. den einen durch den anderen zu schlagen, hat Frankreich also nicht aus der Hand gegeben. Die Republik Syrien, die den hauptsächlich von Mohammedanern bewohnten Teil des gross-syrischen Binnenlandes bildet, wird auf diese Weise von der See abgeschnürt, da der grösste Hafen des Landes, Beirut, staatlich zur christlichen Libanonrepublik gehört.

Gegen die ursprüngliche Absicht, aus Syrien ein Fürstentum zu machen, bedeutet die Ausrufung der Republik immerhin einen Fortschritt. Die Gefahr lag sehr nahe, dass die Herrschaft über Syrien zur Sinekure für einen abgetakelten europäischen Prinzen von Gnaden des Beirut'er Klerus werden würde. Lediglich das Bedürfnis Frankreichs, sich die Sympathien seiner islamischen Untertanen zu sichern, hat die Männer der Dritten Republik vor einer solchen Torheit bewahrt und sie dann bestimmt, diesen Posten einem Mohammedaner anzuvertrauen.

Bei aller Betonung ihres liberalen Geistes bringt die Verfassung doch keinen entscheidenden Fortschritt Syriens auf dem Wege zu seiner staatlichen Unabhängigkeit. Auch in Damaskus wird der Wille des französischen Oberkommissars genau so höchstes Gesetz bleiben wie der des englischen in dem Nachbarlande Irak. Die Wahrscheinlichkeit ist viel grösser, dass der Bündnisvertrag zwischen Syrien und Frankreich den schwächeren Kontrahenten in ein Vasallenverhältnis bringt, gegen das die Berufung bei einer neutralen Instanz unmöglich ist.

Unter den augenblicklich im Mittleren Osten herrschenden Verhältnissen müsste es mit einem Wunder zugehen, wenn Frankreich beabsichtigen würde, seine Stellung in Syrien abzubauen. Eine unscheinbare amtliche Mitteilung weist auf das Gegenteil hin. Der General Bigault, der Kommandeur der Truppen in der Levante, hat dieser Tage den Rang und die Befugnisse eines Armeekorpskommandanten erhalten. Trotz syrischer Nationalarmee wird der Status der französischen Besatzung im Lande auf keinen Fall verringert werden. Möglich ist sogar, dass die Furcht vor der neuerdings wieder stärker mit Russland liebäugelnden Türkei und vor den Fanfaronaden Mussolinis die militärischen Fachleute in die glückliche Lage versetzen wird, die Politiker von der Notwendigkeit einer stärkeren Bereitschaft Frankreichs in Syrien zu überzeugen.

Bei allem Bemühen, die Rechte des Völkerbundes äusserlich zu wahren, bedeutet der französische Schritt in Syrien eine schwere Sünde gegen seinen Geist. Er geht mit Erfolg darauf aus, die Interventionsmöglichkeiten der internationalen Organisation an einer Stelle abzudrosseln, die weltpolitisch besonders stark gefährdet ist und die gerade deshalb noch verschärft werden müsste. Noch bedenklicher ist, dass das Vorgehen Frankreichs ein englisch-französisches Einverständnis für einen generellen Abbau der Mandatspolitik im Orient zur Folge haben wird. Auf diese Weise wird nicht nur die Idee der friedlichen Verständigung bei den Völkern des Ostens stark diskreditiert, sondern auch in Genf ein Gegengewicht gegen alle Versuche der kleineren Völker geschaffen, dem Weiterfressen dieser gefährlichen Krankheit einen Halt zu gebieten. Eine Entwicklung, die sich auch zum Schaden des europäischen Friedens bemerkbar machen wird, weil sie Oel an einer Stelle aufspeichert, wo Wasser für die Löschung eines drohenden Brandes viel nötiger am Platze wäre.

-----

SPD. Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Rauscher hat der polnischen Regierung am Sonnabend eine Note folgenden Inhalts übergeben:

"Die deutsche Regierung hat Kenntnis von dem Protokoll vom 6. d. M. erhalten, mit dem die für die Untersuchung des Grenzzwischenfalles bei Neuhöfen eingesetzte deutsch-polnische Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hat.

Die deutsche Regierung bedauert, dass die Kommission trotz des durch die Beweisaufnahme in nahezu allen Einzelheiten klargestellten Tatbestandes und trotz des besten Willens der deutschen Kommissionsmitglieder nicht in der Lage gewesen

ist, einen gemeinsamen und einheitlichen Bericht an die beiden Regierungen zu erstatten. Die deutsche Regierung hat auf Grund der beiden Gutachten der deutschen und der polnischen Kommissionsmitglieder sowie an Hand der Zeugenaussagen und der übrigen Beweiserhebung das Ergebnis der Untersuchung nochmals eingehend geprüft. Sie ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, dass das Gutachten der deutschen Kommissionsmitglieder den Tatbestand richtig darstellt. Diese Darstellung, die schon nach der ganzen Lage der Umstände die innere Wahrscheinlichkeit für sich hat, wird durch die erhobenen einzelnen Beweise ausser Zweifel gesetzt. Die in dem Gutachten der polnischen Mitglieder enthaltene Kritik an einzelnen Beweisen ist entweder unerheblich oder entbehrt, wo sie erheblich wäre, einer irgendwie haltbaren Begründung.

Die deutsche Regierung erachtet hiernach folgende Tatsachen als festgestellt: Polnische Grenzschutzbeamte haben den Versuch gemacht, deutsche Grenzbeamte zur Aushändigung von geheimem Material zu verleiten. Zur Empfangnahme dieses Materials haben zwei polnische Grenzschutzbeamte, die zu ihrem Schutz uniformierte und bewaffnete Grenzsoldaten bis an die deutsche Grenze mitgenommen hatten und selbst mit Revolvern und einer Handgranate ausgerüstet waren, die deutsche Grenze überschritten und sich in die deutsche Passkontrollbaracke bei Neuhöfen begeben. Diese beiden polnischen Beamten haben gegen ihre gesetzmässige Verhaftung mit den Waffen in der Hand Widerstand geleistet und dabei einen deutschen Beamten verwundet, der seinerseits einen polnischen Beamten verwundet hat. Fast gleichzeitig mit diesen Vorgängen haben die erwähnten polnischen Grenzsoldaten die deutsche Grenze überschritten und in der Richtung auf das deutsche Gebiet sowie auf die deutsche Passkontrollbaracke Schüsse abgegeben.

Das in dieser Weise von den polnischen Beamten begangene Unrecht wird nicht dadurch entschuldigt, dass diese Beamten deutschen Grenzbeamten landesverräterische Absichten zugetraut und dass die deutschen Beamten sich in Wahrung berechtigter Interessen zum Schein auf die polnische Initiative eingelassen haben. Dass der eine der polnischen Grenzschutzbeamten seinen Verwundungen erlegen ist, wird von der deutschen Regierung aus Gründen der Menschlichkeit aufrichtig bedauert; an der Beurteilung der Vorgänge wird dadurch indes nichts geändert.

Als die polnische Regierung es unmittelbar nach dem Zwischenfall für angebracht hielt, bei der deutschen Regierung wegen eines angeblichen Unrechts deutscher Beamter Verwahrung einzulegen, hat die deutsche Regierung dies sofort zurückgewiesen und ihrem Befremden darüber Ausdruck gegeben, dass die polnische Regierung sich zu einem solchen Schritte entschlossen hatte, obwohl damals der Tatbestand noch nicht klar zu übersehen war und obwohl die polnische Regierung dies durch den Vorschlag der Einsetzung einer gemischten Kommission selbst zugegab. Das Ergebnis der jetzt durchgeführten Untersuchung beweist, dass die damalige Stellungnahme der deutschen Regierung vollauf berechtigt war. Darüber hinaus muss die deutsche Regierung jetzt aber ihrerseits Protest gegen das gesamte Verhalten der beteiligten polnischen Beamten erheben. Die deutsche Regierung erwartet, dass die polnische Regierung die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und die erforderlichen Massnahmen treffen wird, um die Wiederholung derartiger, für die nachbarlichen Beziehungen gefährlicher Vorgänge zu verhüten.

Gegen den in Haft befindlichen polnischen Grenzschutzbeamten ist das ordentliche Strafverfahren eingeleitet."

Es kann, wie es die deutsche Note feststellt, kein Zweifel darüber herrschen dass die Hauptschuld an dem Zwischenfall in Neuhöfen auf das Konto der polnischen Spionage-Organisation zu schreiben ist. Aber auch das Verhalten der deutschen Beamten in Neuhöfen kann nicht als völlig einwandfrei bezeichnet werden. Seit wann ist es die "Pflicht" deutscher Grenzbeamter, die Kontrolleure der Gegenseite auf deutschem Boden in eine Falle zu locken? Wir müssen schon sagen, dass uns dieses Pflichtgefühl mehr als sonderbar anmutet. Trotzdem stimmen wir der Reichsregierung darin zu, dass nach dem ganzen Sachverhalt das grössere Recht zu einem Protest auf deutscher und nicht auf polnischer Seite liegt.

SPD. Lissabon, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf den deutschen Gesandten in Lissabon Dr. von Baligand wurde am Sonnabend vormittag gegen 11.30 Uhr nach einem Besuch des zurzeit in Lissabon liegenden deutschen Kreuzers "Königsberg" ein Revolverattentat verübt. Von zwei Schüssen in den Kopf getroffen, stürzte von Baligand blutüberströmt zusammen. Er war sofort bewusstlos. Nachmittags gegen 2 $\frac{1}{2}$  Uhr ist Herr von Baligand seinen schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewusstsein auch nur vorübergehend wiedererlangt zu haben.

Der Mörder konnte sofort nach der verbrecherischen Tat auf dem Lissaboner Pier verhaftet werden. Es ist nach den Mitteilungen der Polizei ein stellungsloser deutscher Seemann, der sich schon seit mehreren Tagen in Lissabon aufgehalten haben soll. Seinen Namen hat die Polizei bis Sonnabend nachmittag noch nicht bekanntgegeben. Wie es heisst, hat er aus Rache gehandelt. Die näheren Umstände sind noch nicht bekannt.

SPD. Paris, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Die "Liberté" enthält in ihrer Sonnabend-Ausgabe nähere Einzelheiten über den jüngsten Aufstand in Indochina, dessen Schauplatz die Stadt Duchon war. Duchon ist ein befestigter Ort in der Provinz Cholon in der Nähe der Stadt Saigon. Am 4. Juni wollte, der Darstellung der "Liberté" zufolge, eine 2000 Köpfe zählende Menge in der Nacht das Haus des Gouverneurs stürmen, nachdem bereits während des ganzen Tages lärmende Demonstrationen in den Strassen stattgefunden hatten. Die Menge wurde angeblich von mehreren kommunistischen Agitatoren europäischer Herkunft, einem eingeborenen Studenten und einer annamitischen Frau, geführt. Nach angeblich sechsmaliger Warnung feuerte die Miliz die erste Salve mitten in die Menge; sechs Demonstranten waren auf der Stelle tot, 20 verwundet. Das angeblich bedrohte Militär hatte keinen einzigen Verwundeten.

SPD. Köln, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer Sonnabend-Morgenausgabe unter der Überschrift: "Auf schlechten Füßen" zu den Deckungsplänen der Regierung u.a. folgendes:

"Rund 700 Millionen neuen Steuern, neuen Lasten stehen ganze 15 Millionen an Einzahlungen gegenüber, nachdem man das Wort von der Notwendigkeit der Ersparnisse durch alle Gassen gehetzt hat. Was denkt sich die Regierung, wenn sie erklären muss, dass eine neue Belastung der Produktion durch dieses Aufbringungsprogramm "so gut wie nicht" eintrete? Noch erschreckender ist die Begründung des Notopfers. Die Regierung hätte ein allgemeines Notopfer, das alle Kreise, nicht nur die Festbesoldeten, umschlossen hätte, für ungerecht gehalten. Aber sie hat vor der Kapitalflucht vollständig kapituliert. Hat sie denn jemals etwas getan, um dieser Kapitalflucht mit vernünftigen Mitteln die Gründe zunehmen? So trifft das Notopfer diejenigen, die eben nicht flüchten können und wird zu einem Angriff auf den sich eben bildenden neuen Mittelstand. Warum verbirgt man die jetzigen Massnahmen unter dem gefühlvollen Wort Notopfer, oder warum verbirgt man sie unter dem irreführenden Wort "Reichshilfe"? Warum redet man von "keiner besonderen Belastung der Erzeugung"? Man sollte es offen als das bezeichnen, was es ist: Erhöhung der Einkommensteuer unterer und mittlerer Schichten, damit man offen sieht, was gespielt wird. Wenn das Notopfer überwiegend nichts anderes darstellt als eine Kürzung der Beamtengehälter in Form einer Sondersteuer, warum nennt man es nicht so. Man lindert nichts mehr, wenn man den Dingen schonende Namen gibt."

SPD. Bochum, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Rechtsbeistand des Reichstagsabgeordneten des Zentrums Nientimp-Bochum teilt mit, dass gegen Nientimp in Dortmund ein Strafverfahren schwebt. Nientimp habe deshalb in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten um Aufhebung seiner Immunität gebeten.

SPD. Washington, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Die American Federation of Labor stellt in ihrem neuesten Bericht über die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine geringfügige Besserung fest. Entgegen allen Erwartungen haben die beiden letzten Frühlingsmonate nicht die gehoffte Wirtschaftserholung gebracht. 20 Prozent der organisierten amerikanischen Arbeiterschaft sind nach wie vor arbeitslos. In 24 Städten wies die Beschäftigungslage der Gewerkschaften gar keine Besserung auf, obgleich im Frühjahr fast immer mit einer Besserung der Arbeitslage gegenüber den Wintermonaten um 27 Prozent gerechnet wird. Die Federation verweist in ihrem Bericht schliesslich darauf, dass die Krise des Jahres 1928 im Mai 1928 von einer ausgesprochenen Erholung abgelöst wurde, während diesmal überhaupt keine Besserungsanzeichen vorhanden sind. Auch in der Bauindustrie senkte sich die Arbeitslosigkeit gegenüber der Aprilziffer nur um weniger als 4 Prozent.

SPD. Dortmund, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Das Stahlwerk Hoesch hat zum 22. Juni 1200 Arbeitern gekündigt.

Der Demobilmachungskommissar genehmigte die Entlassung von 800 Arbeitern der Stinnes-Zechen.

SPD. Bukarest, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Der frühere rumänische Kronprinz Carol traf am Freitag abend um 8 Uhr von Klausenburg kommend, im Flugzeug in Bukarest ein. Er wurde auf dem Flugplatz von der Regierung und den Spitzen der Truppen empfangen und, wie die Regierungspresse betont, "herzlich empfangen". Anschliessend jagte die ganze Nacht hindurch ein Kabinettsrat den anderen. Zwischendurch konferierte Ministerpräsident Maniu wiederholt mit Carol. Alle bürgerlichen Parteien haben sich bereits mit der Rückkehr Carols und seiner bevorstehenden Proklamation zum König von Rumänien einverstanden erklärt. Auch die liberale Partei hat sich mit der neuen Lage abgefunden.

Die Regierung erwartet von der Rückkehr Carols eine allgemeine Entspannung des politischen Lebens.

Die plötzliche Rückkehr Carols nach Rumänien ist nur interessant wegen der äusseren Umstände und infolge der ziemlich skandalösen Vorgeschichte seiner Thronentsagung und Verbannung vor fünf Jahren. Politisch ist es nur noch von untergeordneter Bedeutung. Früher, besonders in den ersten Zeiten nach dem Tode seines Vaters Ferdinand vor drei Jahren, wäre seine Rückkehr in die Heimat einem Putsch gleichgekommen und es wäre ein heftiger Kampf um seine Person entbrannt, der für den innerpolitischen Kurs in Rumänien von ausserordentlicher Bedeutung gewesen wäre. Inzwischen ist aber die einstmals allmächtige "liberale" Herrschaft der Familie Bratianu sozusagen auf dem normalen Wege von Parlamentswahlen und Regierungswechsel beseitigt. Carol, den damals die Bauernopposition als eine Art Märtyrer hinstellte, hat allmählich aufgehört, ein innerpolitisches Kampfsymbol zu sein. Seine Rückkehr war nur noch eine Frage der Zeit und war vor allem von der Beilegung heftiger Fehden innerhalb der Königsfamilie abhängig.

Das private Leben der in der Öffentlichkeit stehenden Menschen sollte grundsätzlich eine private Angelegenheit bleiben und die Öffentlichkeit nichts

angehen. Diesen Grundsatz könnte man auch auf Monarchen und ihre Familienangehörigen anwenden, wenn nicht gerade sie die Auffassung verträten, dass Könige und Königinnen, Prinzen und Prinzessinnen königlichen Geblütes etwas "Besseres" seien und den Inbegriff aller Tugenden darstellten. Auf dieser heuchlerischen Fiktion beruht ja zum grossen Teil das Prinzip der erblichen Monarchie, die sich in allen monarchischen Ländern noch obendrein durch den juristischen Begriff der "Majestätsbeleidigung" einen besonderen Schutz, eine Ausnahmestellung gesichert hat. Deshalb ist man berechtigt, dort, wo es nottut, in das Privatleben von Königen und ihren Familienangehörigen hineinzuleuchten.

In dieser Beziehung bildet freilich die rumänische Hohenzollernlinie ein sehr dankbares Objekt für Enthüllungen. Angefangen mit der Königin-Witwe Maria, der man das Wort der Bibel zubilligen kann: "Es wird ihr viel verziehen werden, weil sie viel geliebt hat." Ihre Zerwürfnisse mit ihrem Sohne Carol hätten nie einen so scharfen Charakter angenommen, wenn dieser nicht störend in ihre Liebesaffären eingegriffen hätte, als sie, die noch immer schöne Fünzfzigerin, noch nicht Witwe war. Carol selbst scheint in erotischen Dingen ein sehr leicht entzündbarer, aber ganz haltloser Mensch zu sein. Wäre er nicht Prinz, sondern ein gewöhnlicher Privatmann, dann würde die "gute" und "fromme" aristokratische und bürgerliche Gesellschaft ihn als einen minderwertigen Charakter verfemen. Heute aber, nach seiner Rückkehr, die sich zu einem Triumph gestaltet hat und die scheinbar sehr bald zu seiner Wiedereinsetzung in seine Thronrechte führen dürfte, werden ihm die Hofschranzen, die Würdenträger der Kirche und der Gerichte, die Zeitungsleute und das "Volk" huldigen und ihn als den "edelsten" der rumänischen Nation preisen. Das ändert aber nichts daran, dass er als Offizier während des Krieges desertierte, um sich in Odessa heimlich mit einem Fräulein Lambrino trauen zu lassen, dass er sich später bewegen liess, sich von dieser Gattin scheiden zu lassen, um eine Tochter des früheren Königs von Griechenland zu heiraten, dass er dann wieder ausrückte, um eine Frau Leyescu zu heiraten und dass er jetzt bereit gewesen ist, diese Frau zu opfern, um den Thron wieder besteigen zu können.

Das Komischste an der jüngsten Entwicklung in der Familie Hohenzollern-Sigmaringen ist, dass jener Prinz Nikolaus, den die Königin-Witwe Maria in den Regentschaftsrat eingesetzt hatte, um bis zur Grossjährigkeit Michaels die Regierungsgeschäfte mit zu bestimmen, sich inzwischen ebenfalls mit einem bürgerlichen Fräulein eingelassen hat und mit ihr leben will. Auf wie lange, wird nicht gesagt. Aber nun wäre es gar zu paradox gewesen, wenn ausgerechnet dieser Nikolaus die Aufgabe weiter übernommen hätte, den zu wenig "tugendhaften" Carol vom Throne fernzuhalten. Da Maria sich obendrein mit Nikolaus überworfen hatte, hat sie sich ihrem ältesten Sohne Carol wieder genähert und seine Rückkehr anscheinend selbst betrieben.

All das ist recht kompliziert, wenig erbaulich, vom Standpunkt der Skandalchronik aus recht anmutig, vom Standpunkt gerade der bürgerlichen Moral aus recht widerlich, vom Standpunkt der Politik aus aber ziemlich gleichgültig. Nur unter einem Gesichtspunkt ist die neuzeitliche Geschichte der rumänischen Königsfamilie für uns von Bedeutung: sie bildet die schärfste Anklage gegen den monarchischen Gedanken. Wer in Anbetracht solcher Zustände sich noch für das Prinzip der erblichen Monarchie begeistert und die Republik als eine minderwertige Staatsform bezeichnet, ist entweder ein Narr oder ein Heuchler.

-----

SPD. Wien, 7. Juni (Eig. Drahtb.)

Von christlichsozialer Seite wird berichtet, dass in dem Gebäude des sozialdemokratischen Parteiorgans in Wiener Neustadt grössere Mengen von Infanterie- und Revolvermunition gefunden worden seien. Tatsache ist, dass die Polizei dieser Tage im Zusammenhang mit einer Ehrenbeleidigungsklage die Räume der Zeitung durchsucht hat. In einem Schreibtisch, der dem Schützen- und Jagdverein gehört, wurde Scheibenschiesmunition kleinen Kalibers gefunden. Infanterie- und Revolvermunition wurde nicht gefunden.

-----

SPD, Genf, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Union der Völkerbundsvereinigungen beschloss am Sonnabend, ihre nächste Tagung im Jahre 1931 in Budapest abzuhalten. Dieser Beschluss wurde gegen den Widerstand der Delegationen der Kleinen Entente und Polen gefasst.

-----

SPD: Wien, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Im Justizausschuss des Nationalrats brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch am Sonnabend folgenden Antrag ein: "Die uniformierten Selbstschutzverbände, wie Heimatschutzverbände, Heimwehr und Schutzbünde und dergleichen sind verboten. Ihre Neubildung ist untersagt. Die Teilnahme wird als Vergehen bestraft."

Der sozialdemokratische Abgeordnete Seitz beantragte: "Aufmärsche von Privatpersonen in militärischer Ordnung unter freiem Himmel sind verboten."

-----

SPD, Lissabon, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Mörder des deutschen Gesandten in Lissabon von Baligand ist ein gewisser Franz Piecowski, der am 31. Januar 1891 in Danzig geboren wurde und unbestimmter Staatsangehörigkeit ist.

Piecowski gab im Verlauf seines ersten Verhörs durch die Lissaaboner Polizei an, dass er den Gesandten von Baligand nicht gekannt habe. Seine Absicht sei gewesen, sich an einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit zu rächen. Im Jahre 1921 sei er in Lauenburg in Pommern im Irrenhaus untergebracht gewesen. Aus dieser Anstalt sei er nach kurzer Zeit entwichen. 1927 habe er auf dem Dampfer "Essen" der Hugo Stinnes-Linie gearbeitet. Da er polizeilich verfolgt worden sei habe er das Schiff verlassen müssen und seit dieser Zeit feste Arbeit nicht mehr gehabt. Jetzt habe er sich für seine Verfolgung gerächt.

Als dem Mörder mitgeteilt wurde, dass der deutsche Gesandte in Lissabon seinen Schüssen zum Opfer gefallen ist, zeigte er sich kaum überrascht.

-----

SPD: Washington, 7. Juni (Eig.Drahtb.)

Der republikanische Abgeordnete Cooper hat im Bundeskongress einen Antrag eingebracht, der den Anspruch des vor einem Jahre verstorbenen Sozialistenführers Victor L. Berger auf einen Sitz im amerikanischen Bundesparlament während der Jahre 1919 bis 1921 anerkannt wissen will. Berger wurde gegen Ende des Weltkrieges mit überwältigender Mehrheit in das Abgeordnetenhaus gewählt, dort aber von den Kriegsschreibern und Ueberpatrioten nicht zugelassen, die Bergers scharfe Gegnerschaft gegen den Krieg und die Beteiligung Amerikas am Kriege zum Vorwand nahmen. Schon damals hatte Cooper protestiert, ohne jedoch eine Änderung des schmählichen Beschlusses durchsetzen zu können. Sein neuer Antrag sieht u.a. die Auszahlung des Berger vorenthaltenen Abgeordnetengehalts von etwa 10 000 Dollar an dessen Witwe vor.

-----

SPD. Bukarest, 7. Juni (Eig.Drahtb.)  
9.30 Uhr abends

Die Regierung Maniu ist am Sonnabend abend zurückgetreten. Mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte der Regentschaftsrat den bisherigen Aussenminister Mironescu. Er soll ein Konzentrationskabinett bilden, an dem möglichst alle Fraktionen des Parlaments beteiligt sind. Erste Aufgabe dieser Regierung soll die Annullierung der Abdankungsakte Carols vom 4. Januar 1926 sein. Die Nationalversammlung, die von der Kammer und dem Senat gebildet wird, ist zu Sonntag vormittag 11 Uhr einberufen worden. Sie soll die von der Regierung in Vorschlag zu bringende Annullierung der Abdankungsakte beschliessen.

Ein Teil der Liberalen weigert sich, die neue Lage anzuerkennen. Es muss deshalb mit der Spaltung der Liberalen Partei gerechnet werden.

-----

# Aus aller Welt

Der versicherte "lebende Leichnam".

Der Fall Alberding war auch schon einmal.

SPD. Wieder schliesst sich ein neuer Fall von Versicherungsbetrug der Reihe von ähnlichen Fällen an, die fast in jedem Jahr regelmässig wiederkehren. Bei Fulda wurde ein unbekannter Toter aufgefunden, in der Brusttasche die Papiere eines Lebenden. - Der Lebende wollte auf diese Weise seinen Tod vertuschen, um so seiner Familie zur Versicherungssumme zu verhelfen.

Die Polizei, die aufklären will, kann sich auf ein reiches Mass von Erfahrungen stützen. Denn der Versicherungsbetrug in seiner Vielzahl und seiner Vielgestaltigkeit ist schon heute in der Kriminalistik zu einem umfangreichen Sondergebiet geworden - mit eigenen Fachleuten, eigenen Methoden, eigenen Lehrensätzen. Auch der Fall Alberding steht nicht vereinzelt da. Professor Gross, ein Altmeister der Kriminalistik, erzählt in seinem "Handbuch für Untersuchungsrichter" einen Fall von Versicherungsbetrug, der ebenfalls zunächst auf ein Mordverbrechen schliessen liess.

Eines Morgens wird dem zuständigen Untersuchungsrichter die Meldung von der Auffindung eines Ermordeten überbracht. Am Tatort fand sich der Leichnam des für sehr wohlhabend geltenden Getreidehändlers M., auf dem Gesicht liegend, mit einer Schusswunde hinter dem rechten Ohr. Die Fundstelle der Leiche befand sich in der Mitte einer Brücke, die über einen ziemlich tiefen Fluss führte. Die Briefftasche fehlte; Uhr und Kette waren sichtlich abgetissen worden. In einem naheliegenden Gehöft hatte man gegen 12 Uhr nachts einen Schuss gehört. Es wurde ermittelt, dass M. sich bis 1/2 12 Uhr in einem Gasthaus aufgehalten hatte; im gleichen Gastzimmer hatte mit ihm ein unbekannter Mann von verwehrtem Aussehen gesessen, der wiederholt beobachtet hatte, wie M. seine wohlgefüllte Briefftasche zog, und der kurz nach M. das Lokal verlassen hatte. Ein Gendarm suchte und fand den Unbekannten. Der Mann, ein Landstreicher, behauptete, die Nacht in einem Heustadel verbracht zu haben, den er aber dem Gendarmen nicht zeigen konnte. Alle Umstände sprachen gegen ihn. Da, am Schluss der Lokalerhebungen, fiel es dem Untersuchungsrichter zufällig auf, dass das Brückengeländer an jener Stelle, wo auf dem Boden der Leichnam lag, eine kleine und sichtlich ganz frische Beschädigung aufwies. Es hatte den Anschein, als habe der Mörder hier einen harten Gegenstand ins Wasser geworfen und dabei das Brückengeländer beschädigt. Der Fluss wurde an der fraglichen Stelle sorgfältig abgesucht und tatsächlich kam nach kurzer Arbeit etwas wirklich Seltsames zutage: eine ca 4 Meter lange Schnur, an deren einem Ende ein grosser Feldstein befestigt war; am andern Ende der Schnur aber war die Pistole angebunden, in deren Lauf die Mordkugel genau hineinpasste. Nun war der Vorgang ganz klar. M. hatte sich mit der aufgefundenen Vorrichtung auf die Brücke gestellt, den Stein über das Brückengeländer gehängt und sich die Kugel hinter dem rechten Ohre ins Hirn gejagt. Als er getroffen war, zog natürlich der schwere Stein Schnur und Pistole ins Wasser. Hierbei hatte die Pistole heftig an Geländer angeschlagen und die betreffende Beschädigung erzeugt. Weitere Erhebungen haben dann ergeben, dass M. in misslichen Vermögensverhältnissen, aber zu Gunsten seiner Familie auf sein Leben hoch versichert war. Da die betreffende Versicherungsgesellschaft aber im Falle eines Selbstmordes zu keiner Zahlung verpflichtet war, hatte M. in der hier geschilderten Weise seinen Selbstmord verbergen wollen und einen Mord vorgetäuscht. Der Landstreicher wurde sofort aus der Haft entlassen. Er wird nicht geahnt haben, dass sein Leben an

diesem Tage - diesmal im wahrsten Sinne des Wortes - "nur noch an einem Faden gehangen" hatte. -

Zahlreich sind die Tricks, die einen zufälligen oder gewaltsamen Tod des Versicherten vortäuschen sollen, damit dessen Hinterbliebene in den Besitz einer Versicherungssumme gelangen. Tolstois "Lebender Leichnam" ersteht hier neu in allen möglichen Ausgaben - nur aus bedeutend unedleren Motiven. Einige dieser Schwindeleien, wie sie in letzter Zeit wiederholt verübt wurden, mögen hier folgen.

Ein hochversicherter Bankbeamter schwamm im Seeband weit hinaus und ging plötzlich unter. Da er nicht wieder auftauchte, nahm man an, dass er ertrunken wäre. Die Versicherungsgesellschaft zahlte die fällige Summe. Erst später wurde ermittelt, dass der Betreffende, ein vorzüglicher Taucher, unter Wasser an eine weit entfernte Stelle geschwommen war, dort bereitliegende Kleider angezogen und sich aus dem Staube gemacht hatte. Er fuhr nach London und lebte dort "als Toter" herrlich und in Freuden von dem Geld, das ihm seine lachenden Erben von der Versicherungssumme zukommen liessen. -

Der in Spitzkreisen einst sehr bekannte Skifahrer Porte unternahm am 3. August 1925 eine Skitour in die Stubai-Alpen, von der er nicht wieder zurückkehrte. Bei Nachforschungen nach dem Vermissten fand man in der Nähe der Bremerhütte bei einer tiefen Gletscherspalte die beschädigten Skier und einen Skistock, die einen tödlichen Absturz vermuten liessen. In Wirklichkeit war Porte ins Ausland geflohen. Seinen Tod aber hatte er vorgetäuscht, um seiner Frau zur Erlangung der hohen Versicherungssumme zu verhelfen.

Und nun noch ein Fall, der einer gewissen Komik nicht entbehrt: Der Hauptdarsteller einer Wandertruppe zweifelhafter Qualität wurde eines Tages, bei einem "Gastspiel" in einer kleinen sächsischen Stadt, in bewusstlosem Zustand in seine Behausung gebracht, wo er in totenähnliche Starrheit verfiel. Der rasch herbeigerufene Arzt stellte nach flüchtiger Untersuchung den Tod fest. Nun war aber die Frau des Schauspielers bei einer Zeitung abonniert, die mit Hilfe einer Versicherungsgesellschaft beim Ableben des Familienoberhauptes ihren Lesern die Summe von 1000 Mark auszahlt. Die plötzlich - für ihre bescheidenen Verhältnisse - unermesslich reich gewordene "lustige Witwe" eilte zu der Versicherungsgesellschaft und verlangte unter Vorlegung des Totenscheines die Auszahlung der Versicherungssumme, die ihr auch anstandslos gewährt wurde. Fröhlichen Herzens, mit einem rasch gekauften fabelhaften neuen Trauerkleid, kam sie nach Hause. Das Schicksal meinte es aber nicht gut mit ihr. Denn zum grössten Leidwesen aller Beteiligten erwachte am andern Morgen der Schauspieler aus seinem Starrkrampf, erholte sich langsam und blieb am Leben. Kurze Zeit darauf kam ein Vertreter der Versicherungsgesellschaft in die betreffende Stadt und stellte durch Zufall fest, dass der Schauspieler zwar schon 14 Tage tot war, dass man aber von seiner Beerdigung noch nichts gesehen und gehört habe. Er eilte in die Wohnung des wacheren Mimen und fand den "Toten" bei einer Flasche Genever und bei einem ganz gehörigen irdischen Rausch. Seine Heiterkeit kaum noch bezähmend, donnerte er den vor Schreck nüchtern gewordenen Mann an: "Sagen Sie mal, warum sind Sie nicht begraben worden?" "Entschuldigen Sie vielmals!", konnte der nur noch lallen, "das haben wir tatsächlich - hick - vergessen."

+ + +

Die Buer-Katastrophe vor Gericht. Das erweiterte Schöffengericht in Köln wird am 30. Juni gegen den Lokomotivführer Heinrich Nordhausen aus Hamm in Westfalen und gegen den Reichsbahnobersekretär Ludwig Fischer aus Düren verhandeln, denen zur Last gelegt wird, durch Fahrlässigkeit das grosse Eisenbahnunglück bei Buer am 25. August 1925 verursacht zu haben.

+ + +

Gefirnister Einstein. Professor Albert Einstein hielt vor den Hörern der Universität Nottingham einen Vortrag über seine neue Raumtheorie in deutscher Sprache. Zur Erläuterung seiner Ausführungen schrieb Einstein einige Formeln.

auf eine Wandtafel, die das Rektorat der Universität zu firmen und unter Glas und Rahmen zu setzen beschloss. Einsteins Raumtheorie ist noch nicht ganz fertig, aber heute schon ebenso vielfach und oft unsachlich befehdet, wie es vor einigen Jahren die Relativitätstheorie war. Es ist möglich, dass dem Nottinghamer Vortrag einmal eine gewisse historische Bedeutung zukommen wird, da die neue Lehre Einsteins von phänomenaler Bedeutung sein soll.

+ + +  
Der "Goldmacher" ist wieder da! Der aus der Haft entwichene Düsseldorfer "Goldmacher" Kirschildgen ist "von der Reise zurück". In einer Autodroschke fuhr er vor dem Gefängnis vor. Er hat seinen "Urlaub" dazu benutzt, sich sehr gut einzukliden und reichlich mit Geld zu versehen.

+ + +  
Neuer Ozeanflug? In etwa 12 Tagen wird der französische Flieger Coste, wie er in einem in Paris gehaltenen Vortrag erklärte, mit den Vorbereitungen für einen Ozean-Ost-Westflug fertig sein, der in Gemeinschaft mit dem Flieger BeLOTTE ausgeführt werden und direkt von Paris nach New York führen soll. Das genaue Startdatum ist von den Wetterverhältnissen abhängig.

+ + +  
"Frenzel" in Bonn. Mit dem Freispruch eines 56-jährigen Arbeiters durch das Schöffengericht Bonn ist eine Gerichtsverhandlung beendet worden, die etwas an den Fall des Amtsvorstehers Frenzel aus Potsdam-Bornim erinnert. Die 19 jährige Tochter des Angeklagten beschuldigte diesen, mit ihr fortgesetzt Blutschande getrieben zu haben. Das Gericht glaubte der Belastungszeugin nicht und wies nach, dass diese sich absichtlich in das Lügengewebe verstrickt hatte um ihre, zweite uneheliche Niederkunft mit dem angeblich an ihr verübten Incestverbrechen zu begründen.

+ + +  
Der unbegrabene Zigeunerleichenam. In Waidmannslust bei Berlin starb eine Zigeunerin. Die Frau wurde unter dem Wagen in dem sie gewohnt hatte, aufgebahrt und mit einem provisorischen Zelt bedeckt; Kopf und Füsse blieben frei. In diesem etwas merkwürdigen Zustand blieb die Leiche, besehen und betrauert von Hunderten aus allen Teilen der Weltstadt herbeiströmenden Zigeunern, drei Tage lang auf offener Strasse liegen. Da die Trauer um die teure Tote ziemlich intensiv betrieben wurde, ist Waldmannslust von einer Zigeunerinvasion heimgesucht worden. Ein polizeilicher Versuch zum vorzeitigen Abtransport der Leiche wurde als Beleidigung empfunden und entrüstet abgewehrt. Erst nach dem Ablauf voller drei Tage war der Kultvorschriften der Zigeuner Genüge geleistet, sodass die Beerdigung erfolgen konnte.

+ + +  
Wassernot auf Ozeaneiland. Die Einwohnerschaft der kleinen Insel St. Thomas, die zu der Virgin-Islands-Gruppe gehört, leidet seit einigen Wochen grosse Not an Wasser. Da St. Thomas kein Süßwasser hat, hängt die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung ganz von tropischen Regenfällen ab, die in grossen Zisternen aufgefangen werden. Die Regenfälle sind schon seit Wochen ausgeblieben und haben eine Lage geschaffen, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen war. Die Landwirtschaft liegt völlig brach; Gras ist garnicht vorhanden; grosse Viehbestände sind wegen Nahrungs- und Wassermangels eingegangen. Die Felsenzisternen der Regierung, die als letzte Reserve betrachtet werden, sind bereits in Angriff genommen worden.

+ + +

## Der Vetter aus Hamburg.

Verhängnisvolle Theaterleidenschaft - Das Abenteuer bei Herrn Schärpel - Wer ist der echte Vetter? - Happy end in Moabit.

SPD. Der Bäckermeister Bertelmann wurde in Berlin-Moabit von der Anklage des Betrugs freigesprochen.

Der Bäcker Bertelmann hat eine Leidenschaft für die Schauspielerei. Er ist nicht nur sehr aktives Mitglied in diversen Dilettantenvereinen, sondern auch eifrig bestrebt, sein theatralisches Talent in die Sphären des Berufstheaters emporzuleiten. Vor dem Spiegel übte er oft Posen, die ihm wahrhaft Prominenter würdig erscheinen, er kopiert Pallenberg und Werner Krauss, mehr schlecht als recht, aber doch mit viel Begeisterung. Dass die Theaterleidenschaft dem Bäcker Bertelmann noch einmal zum Verhängnis werden würde, hat er wohl niemals geahnt. Und doch muss festgestellt werden, dass Bertelmann, bisher gänzlich unvorbestraft, allein durch sein Theaterblut wegen angeblichen Betrugsversuchs vor die Schranken des Moabiter Gerichts kam.

Eines Nachmittags sitzt Herr Bertelmann mit einigen Freunden und Kollegen bei frisch-fröhlicher Zecherei zusammen. Man spricht dem Alkohol mit solchem Fleiss zu, dass nach einiger Zeit sämtliche Anwesenden mehr oder weniger animiert sind. Insbesondere Bertelmann, dessen Theaterenthusiasmus mit zunehmender Trunkenheit zu steigen pflegt. Nach wilden Deklamationen, bei denen er sämtliche Klassiker auf die Zunge nimmt, macht plötzlich ein Mann in der Runde Bertelmann den Vorschlag, sein Talent als Schauspieler durch die Praxis zu beweisen. Der Vorschlag zündet wie ein Funke, der in ein Pulverfass gefallen ist. Man überlegt hin und her und findet etwas ganz Raffiniertes. Ein gewisser Schärpel hat einen Bruder, der zurzeit den Besuch eines Vetters aus Hamburg erwartet. Dieser Vetter soll sagenhaft reich sein, bei Schärpels ist die Aufregung über den erwarteten Nabob natürlich gross. Da der Bruder des Herrn Schärpel den Vetter seit mehr als 20 Jahren nicht gesehen hat, soll sich der grosse Mime Bertelmann als besagter Hamburger Märchenprinz in der Familie Schärpel einfinden. Wenn es dem Bäckermeister gelingt, die Familie Schärpel in den Wahn zu wiegen, den Originalvetter aus Hamburg vor sich zu haben, soll Bertelmann von dem gehässigen Bruder 50 Mark erhalten. Misslingt der Streich, so hat Bertelmann die gleiche Summe zu zahlen. Der geniale Plan findet freudige Zustimmung, man zieht gemeinsam in die Wohnung des Bäckermeisters und kleidet ihn fürstlich ein. Eine halbe Stunde später erscheint der Bäckermeister bei der Familie Schärpel, die in feierlichem Festgewand den Hamburger Geldaristokraten schon sehnsüchtig erwartet. Vorerst gelingt alles vortrefflich, Herr Bertelmann wird mit freudigem Hallo begrüsst und im Triumph in das beste Zimmer geleitet. Wenn auch Bertelmann die lästige verwandtschaftliche Neugier des Vetters Schärpel einigen Kummer bereitet, so gelingt es ihm doch immer wieder, in kritischen Situationen das Thema auf andere, weniger diffizile Dinge zu lancieren. Herr Schärpel findet allerdings, dass sich der Vetter riesig verändert hat und in keiner Weise mehr dem Bild ähnelt, das sich Herr Schärpel bislang von ihm gemacht hat. Worauf der biedere Bäckermeister etwas rot wird, die Achseln zuckt und in versöhnlichem Ton versichert, dass 20 harte Lebensjahre einen Menschen schon von Grund auf verändern könnten. Dieser Ansicht ist auch die Familie Schärpel und so setzt man sich in grösster Harmonie an den reich gedeckten Tisch, um das Abendessen einzunehmen. Bei der Suppe besitzt Herr Schärpel allerdings wieder die Taktlosigkeit, den theater spielenden Bäckermeister nach einem Kinde namens Friedrich zu fragen, das nach den seltsamen Angaben des Herrn Schärpel angeblich sein, Bertelmanns, Sohn sei. Bertelmann ist von der Existenz dieses Friedrich allerdings nicht das Mindeste bekannt, aber er weiss als routinierter Schauspieler schon, wie man sich in solchen delikatzen Fällen zu verhalten hat. "Danke" sagt er und

lächelt liebenswürdig und verbindlich, "der Kleine macht sich prächtig". "Na, na", erwidert der aufdringliche Vetter und lacht ein wenig heimtückisch. "Der Kleine ist gut! Mindestens 24 Jahre ist er doch wohl alt." "Wir nennen ihn aber noch immer so..." meint nun der Bäckermeister, wobei ein leises Erblassen über seine freundlichen Züge geht.

Beim Braten aber passiert das Malheur. Es klopft und herein tritt, ein fröhliches Lachen um den Mund, ein überaus gemütlich und gesund aussehender Herr, der einen mächtigen Vollbart spazieren trägt. Der Leser wird schon ahnen, welch ominöse Bewandnis es mit diesem Herrn hat. Herr Schärpel aber, noch in keiner Weise im Bilde, runzelt empört die Brauen, geht schnellen Schrittes auf den gemütlichen Herrn mit dem mächtigen Vollbart zu und sagt sehr schroff und bestimmt: "Was wünschen Sie eigentlich hier und wie kommen Sie dazu, so mir nichts, Dir nichts hier hereinzuschneien?!" Worauf der bärtige Herr in ein schmetterndes Gelächter ausbricht, seine breiten Hände verwandtschaftlich entfaltet und die denkwürdigen Worte von sich gibt: "Aber Franz, Du altes Kamel, erkennst Du mich nicht?.."

Was nun kommt, kann man sich an den Fingern abzählen. Herr Bertelmann, der sich über das Gefährliche der Situation blitzschnell im Klaren ist, sucht zwar sogleich zu entweichen, aber Herr Schärpel hat ihn bereits ins grimmige Auge gefasst. Die Enttäuschung der Familie Schärpel macht sich nun in wenig liebenswürdiger Weise Luft. Herr Schärpel traktiert den theaterfreudigen Bäckermeister mit derben Ohrfeigen und der bärtige Vetter aus Hamburg hilft ihm ein wenig dabei. Dann übergibt man den Verbrecher, den Herr Schärpel mindestens für einen verkappten Raubmörder hält, der Polizei. Vor Gericht klärt sich der düstere Tatbestand, wie ihn Herr Schärpel annahm, sehr harmlos auf. Nacheinander traten die Stammtisch- und Wettgenossen des armen Bäckermeisters unter Betrugsanklage vor die Gerichtsschranken, um die Unschuld des falschen Vetters aus Hamburg zu bekunden. Auch der andere Herr Schärpel, der den ganzen Satansstreich eingefädelt hat, deckt Herrn Bertelmann und nimmt ihn gegen die Skepsis seines Bruders in Schutz. Der Bruder allerdings, dessen Phantasie durch das merkwürdige Abenteuer mit dem Bäckermeister allzu üppig geweckt ist, vermutet noch immer die dunkelsten Absichten hinter der Maske des Herrn Bertelmann. "Wo heutzutage so viel Schurken rumlaufen..." sagt er und wirft einen giftigen Blick auf den Angeklagten, der sehr rot und sehr eingeschüchtert vor seinen Richtern steht. Schliesslich wird Herr Bertelmann freigesprochen. Ob er die 50 Mark Wettgeld, das er sich ja eigentlich redlich verdient hat, jemals erhielt, ist nicht bekannt geworden...

+ + +

Verurteilung eines Toten. Das Strafgericht in Châlons (Frankreich) hat einen Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl der Bestrafte sich längst dem irdischen Richter entzogen, nämlich aus Furcht vor einer Verurteilung Selbstmord verübt hat. Der Verurteilte war ein Bauernknecht, der einem Nachbarn aus dem Motiv der Rachsucht einige Bäume gefällt hatte. Da aber der Selbstmord des Angeklagten doch nicht ganz einwandfrei festgestellt ist, und da auch mit der Möglichkeit eines Unfalles gerechnet wird, glaubte sich das Strafgericht berechtigt, mit der Verurteilung des Toten in die Kompetenz der ewigen Gerechtigkeit einzugreifen.

+ + +

1600 falsche Führerscheine. In Frankreich sind in letzter Zeit etwa 1600 falsche Führerscheine an Fahrkandidaten ausgestellt worden, die die Führerprüfung nicht bestanden haben. Der Grosswindel dürfte im wesentlichen auf die Unkorrektheit eines einzigen Beamten zurückzuführen sein, gegen den bereits vorgegangen wurde. Die zuständige Stelle will den 1600 falschen Fahrern den Führerschein wieder entziehen und ausserdem gegen sie ein gerichtliches Verfahren wegen Bestechung einer Amtsperson einleiten.

## Die Entwicklung der Rohstoffpreise.

SPD. Deutschland hat ein neues Schlagwort; man hat sich endlich darauf besonnen, dass die Warenpreise nicht nur nach oben, sondern auch nach unten gehen können und verlangt, wie zu Zeiten des Reichskanzlers Luther, die Preissenkung. Insbesondere begründet der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer die von ihm geplante Senkung des Realeinkommens der Beamten und Angestellten mit einer Verbilligung der Warenpreise. Diese erwartet er als Folge des Preissturzes auf den Weltwarenmärkten.

Die Auffassung Dr. Moldenhauers hat einen wichtigen Kern. Wir haben auf den Weltwarenmärkten einen beispielslosen Preissturz erlebt und man hat mit Recht gesagt, die Preisübersteigerung während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Krieg sei aus der Knappheit an Rohstoffen auf den Weltmärkten heraus entstanden; der Ueberfluss an Rohstoffen müsse das Preisniveau wieder normaler gestalten, d.h. zumindestens dem Vorkriegsstand angleichen. Es fragt sich einmal zunächst, ob Dr. Moldenhauer mit seiner Theorie nicht zu spät kommt. Um die Wende vom 1. zum 2. Vierteljahr 1930 wurde allerdings von weiten Kreisen des internationalen Handels die Ansicht vertreten, die Warenpreise hätten im Durchschnitt ihren Tiefstand erreicht und man müsse mit einer baldigen Erhöhung, zumindestens mit einer Stetigkeit der Notierungen rechnen. Diese Auffassung bewies sich als nicht stichhaltig. Im April und Mai und auch Anfang Juni hat sich eine weitere wesentliche Senkung ergeben. Weite Gebiete der Warenmärkte zeigen gegenwärtig einen Preisstand, der unter dem tiefsten bisherigen Nachkriegsstand, zum Teil sogar unter dem tiefsten Stand der letzten Vorkriegsjahrzehnte liegt, dafür und für die Natur dieser Entwicklung einige Beispiele.

So sind z.B. die Zuckerpreise ins Bodenlose gesunken, wovon allerdings der deutsche Verbraucher so gut wie nichts merkt, weil in Deutschland durch Zollpolitik und das Ausfuhrdumpingkartell die Preise erhöht und übersteigert gehalten werden. Hinsichtlich der Zuckerpreisentwicklung interessieren die Bestrebungen, zu einer Preisbesserung zu kommen. Man hat zahlreiche Versuche nach dieser Richtung unternommen, Konferenzen abgehalten und auch Beschlüsse gefasst, die jedoch nicht eingehalten wurden bzw. an der Preisentwicklung nach unten nichts änderten. Das ist kein Zufall, sondern in der Produktion begründet. Das ist z.B. Java, einer der grössten Zuckerproduzenten, der mit den heutigen niedrigen Zuckerpreisen auskommen kann. Auch die übrigen Rohrzuckerländer sind durchaus in der Lage, ihre Selbstkosten noch scharf herabzusetzen. Andererseits steht fest, dass der Zuckerrübenbau nicht allein vom Rübenpreis abhängt, den der europäische Landwirt bekommt; dazu ist diese Feldfrucht ein zu wichtiges Glied des Fruchtwechsels und dazu sind die Wirkungen ihres Baus auf die nach ihr kommenden Feldfrüchte viel zu günstig. Die ganze Situation ist also so, dass man die gegenwärtigen Preise für Zucker nicht unbedingt als Notpreise betrachten darf. Man wird sich daran gewöhnen müssen, sie mehr als Normalpreise anzusprechen.

Auch der Gummipreis ist auf einen bisher nicht erreichten Tiefstand gesunken, obwohl in Ostasien während des Monats Mai nach einem Beschluss der holländischen und englischen Interessenten nicht gezapft, also nicht produziert worden sein soll. Was macht aber die Produktionsdrosselung von einem Monat gegenüber der Tatsache aus, dass der amerikanische Autobau um rund ein Drittel zurückgeht, also weniger Reifen anfordert, und wenn überall die Reifen bis zum

äussersten ausgenutzt und nicht ergänzt werden. In Wirklichkeit reichen dann auch die Kautschukbestände der Welt für den Bedarf eines halben Jahres.

Preissenkungen herrschen auch auf den Metallmärkten vor. Das gilt besonders für Silber, dessen Preis nach Ansicht vieler Beurteiler, die allerdings nicht ganz richtig ist, gegenwärtig dem Preis von unedlen Metallen nähersteht als dem von Edelmetallen. Jedenfalls liegt beim Silber eine ausgesprochene Preisrevolution vor, die noch längere Zeit andauern wird. Bei Zink und Zinn ist der Absatz schlecht und die Haltung des Marktes gedrückt. Der Bleipreis kann nur von einer mächtigen englischen Gruppe unter grossen Aufwendungen gehalten werden. Demgegenüber ist der Kupferpreis ein Ausnahmefall. Das Internationale Kupferkartell hat tatsächlich durch seine dritte Preisherabsetzung, obwohl diese nur gering war, den Verbrauch aus seiner Zurückhaltung herausgelockt und zu beträchtlichen Eindeckungen veranlasst. Die Kauflust hielt aber nicht an. Der Markt ist gegenwärtig wieder totenstill. Das Kartell hat aber Luft zum Atmen bekommen und kann abwarten. Ob es ihm gelingt, den Kupferpreis zu treiben, ist jedoch durchaus fraglich.

Bei der von uns gegebenen Marktübersicht wird es dem Leser auffallen, dass auf jedem Marktgebiet irgendeine Gruppe oder ein Kartell vorhanden ist, dass die einzige Aufgabe hat, die Preise zu treiben. Der Markt erhält also sein Gepräge nicht von Angebot und Nachfrage, sondern von der Preispolitik des Kartells. In vielen Fällen haben sich die Regierungen der einzelnen Länder in die Preispolitik einspannen lassen. Das gilt z.B. für den Kaffeemarkt, wo die brasilianische Kaffeekasse, nachdem sie neue Anleihen aufgenommen hat, finanziell nicht mehr so beengt ist und mit dem Angebot zurückhalten kann. Aber die Kaffeebestände in Brasilien sind ungeheuer gross; wenn sie einmal im grösseren Ausmass auf den Markt geworfen werden müssen, wird der künstlich gehaltene Kaffeepreis zusammenbrechen.

Staatlicher Eingriff liegt auch auf den Getreidemärkten vor. In Deutschland wird z.B. der Roggenpreis durch die Stützungsstellen gehalten, die in den letzten Tagen fast nur allein Roggen gekauft haben. Für Weizen liegen die Dinge nicht anders. Hier hat der Beimahlungszwang das Angebot verknappt, wodurch die Preisbildung zu Gunsten der Verkäufer beeinflusst wird. Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Polen und Frankreich beeinflusst der Staat die Markt- und Preisentwicklung. Trotzdem schwanken die Preise um den niedrigsten Nachkriegsstand. Die Bestände sind allenthalben überaus gross, während die Ernteaussichten für die nördliche Erdhälfte günstig beurteilt werden. Dass sich die Preisentwicklung auf den Getreidemärkten wesentlich ändern sollte, ist nicht gut anzunehmen.

Auf den Textilrohstoffmärkten liegt Wolle nach starken Preisfällen in den letzten 1½ Jahren sehr fest. Das scheint zum Teil auf eine Moderichtung zurückzuführen sein, die z.B. bei Damenkleidung Wolle bevorzugt. Die Baumwollpreise sind einigermassen behauptet. Darin kommt die Tätigkeit des amerikanischen Bundesfarmamtes und der ägyptischen Regierung zum Ausdruck, ohne die die Preislage für Baumwolle wesentlich anders wäre; denn der Absatz von Spinnwaren stockt infolge der Weltwirtschaftskrise, mehr als je.

Die gesunkenen Rohstoffpreise sind schon Tatsache. Sie haben sich aber bis jetzt nur wenig oder gar nicht auf die Fertigwarenpreise übertragen. Dieser Uebertragung steht z.B. in Deutschland die Preisdiktatur der Kartelle entgegen. Eine Senkung des Preisniveaus hat also zur Voraussetzung, dass die Kartellpreisdiktatur durchbrochen wird.

SPD. Der internationale Eisenpakt ist provisorisch bis Ende 1930 verlängert worden. Die Verlängerung gilt nur für den Fall, dass der gemeinsame Verkauf, wofür Verkaufsverbände errichtet werden sollen, bis Mitte des laufenden Jahres durchgeführt wird. Mit der Durchführung des gemeinsamen Verkaufs wird das Internationale Eisenkartell erst volle Wirkung erhalten- Bisher legte es vor

allem Wert auf eine Kontingentierung der Produktion. Dadurch konnte aber das Angebot auf den Exportmärkten nicht genügend beeinflusst werden. Durch Bildung gemeinsamer Verkaufsverbände bekommt das Kartell die Kontrolle über Angebot und Preis.

Die Rohstahlgemeinschaft hat seine Macht nach England ausdehnen können. Hier sind mit 15 englischen Importfirmen Abmachungen über den Verkauf kontinentalen Eisens getroffen worden. Nach diesen Abmachungen können die englischen Firmen allerdings auch englisches Eisen verkaufen. Soweit sie aber kontinentales Eisen importieren, sind sie verpflichtet, kein Aussenseitereisen hereinzunehmen. Weiter übernehmen sie die Verpflichtung, nicht unter den offiziellen Preisen zu verkaufen. Das Kartell wiederum räumt diesen Firmen einen grösseren Rabatt ein.

-----

SPD. Die Deutsche Erdöl A.G., die in der Braun- und Steinkohle und weiter in der Mineralölerzeugung tätig ist und ihre Dividende von 6 auf 7% erhöht, konnte ihr Geschäftsertragnis von 17,75 auf 21,47 Millionen Mark steigern. Die Verwaltung teilt leider nicht mit, auf welchen Gebieten sich die Gewinnsteigerung vollzog. Jedenfalls ist der Kohlenbergbau daran stark beteiligt. Für die Steinkohlenförderung liegt nämlich, Auswirkung der Kälteperiode bzw. der guten Kohlenkonjunktur, eine Steigerung um 10% vor. Die Zeche Bismarck bei Gelsenkirchen konnte ihre Förderung von 2,109 Millionen Tonnen auf 2,326 Millionen Tonnen steigern. Damit ist ein Höchststand erreicht. Die Förderung lag bei Bismarck im Jahre 1929 um 1400 Tonnen höher als im Rekordjahr 1926, wo der rheinisch-westfälische Bergbau durch den englischen Bergarbeiterstreik beispielsweise angeregt wurde. Die Braunkohlenförderung ist infolge der Frostschäden ein wenig gesunken.

Weiter wird mitgeteilt, dass der Betrieb der Mineralölwerke Rositz stark eingeschränkt werden musste, weil die Reichsmarine ihren Heizölbezug gedrosselt hat. Die Verwaltung erklärt in diesem Zusammenhang, dass eine gedeihliche Fortentwicklung der inländischen Braunkohlenerzeugung nicht zu erwarten sei, solange die Zollbegünstigung für Motoren-Gasöl weiter bestehe.

Die Abschreibungen sind mit 4,9 Millionen gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Die Anlagen erhöhten sich von 72,53 Millionen auf 73,20 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen liegt ein Anlagezugang von nicht weniger als 6 Millionen Mark vor.

-----

SPD. Durch das Reichsgesetz vom 15. April hat die Regierung die Ermächtigung erhalten, die Beimischung von Spiritus zu Autotriebstoffen zu verfügen. Man will dadurch den Spiritusmarkt entlasten und den Absatz des von dem ostelbischen Grossgrundbesitz produzierten Spiritus fördern. Nach Pfingsten werden sich die beteiligten Gruppen darüber unterhalten, wie hoch die Beimischung bemessen werden soll. Zunächst soll eine Beimischung von 3% in Frage kommen. Das bedeutet einen zusätzlichen Absatz von 600 000 Litern Spiritus. Da das Monopolumt den zu Triebzwecken verwandten Spiritus verbilligt abgibt, dürfte der Reichskasse aus dieser Massnahme ein Verlust von 30 Millionen Mark erwachsen. Diese 30 Millionen Mark sind eine glatte Liebesgabe für die ostelbischen Grossgrundbesitzer.

Im Rahmen der Beimischung soll ein Bezugschein eingeführt werden; der Verbraucher ist aber nicht gehalten, Spiritus den Triebstoffen wirklich beizumischen. Er kann sich durch Erstehung des Bezugsscheins von der Beimischung loskaufen.

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Das Ganze halt?

Lebensragender Sozialversicherung.

SPD. Die westfälische Verwaltungsakademie, Abteilung Industriebezirk, in Bochum liess dieser Tage im Rahmen einer besonderen sozialpolitischen Tagung Gegenwartsfragen der deutschen Sozialversicherung kritisch beleuchten. Das Thema der Tagung lautete: "Was ist von den Angriffen auf die Sozialversicherung berechtigt, was unberechtigt?" Eine stattliche Rednerreihe: Professor Weber - Münster, Professor Dr. Albrecht - Jena, Präsident des Landesarbeitsamtes Dortmund Dr. Ordemann, Regierungsrat Dr. Rocktäschel - Dresden, Professor Dr. Heyde-Berlin und Professor Dr. Briefs - Berlin marschierte auf. Nicht alles, was in Bochum vorgetragen wurde, ist neu, manches - vor allem die Abrechnung den Sozial-"Reformern" Horneffer und Haartz war erfreulich, manches schief, unklar und bedenklich. Angesichts der neuen Bedrohung des Arbeiterschutzes durch die von dem Kabinett Brüning geplante Reform der Reichsversicherungsordnung verlohnt es sich, von den Ausführungen der Redner etwas ausführlicher Kenntnis zu nehmen.

Professor Weber-Münster gab in seinem Vortrag über "Grundtendenzen des Gegenwartskampfes um die Sozialpolitik" eine Art Perspektive der grossen sozialpolitischen Bewegung, die unlösbar verbunden ist mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse. Weber lehnte jede rein negative und destruktive Kritik ab. Er machte sich das Wort des Ministerialdirektors Grieser zu eigen, der das Buch Professor Horneffers "Frevel am Volk" als den grössten Frevel am deutschen Volk charakterisiert hat. - Professor Albrecht-Jena setzte sich mit der von dem Hugenbergschützling Haartz aufgeworfenen Frage: "Sozialversicherung oder Zwangssparkasse" auseinander. Er stellte ihr gegenüber die Gegenfrage, ob die Aufgaben der Sozialversicherung, die der Allgemeinheit zugute kommen, wie z.B. der eminent wichtige allgemeine Gesundheitsschutz, bei der Beschreitung des Wegs der Zwangssparkasse billiger und vollkommener bewältigt werden können. Diese Frage - betonte Albrecht - müsse verneint werden. Ebenso zu verneinen sei die Frage nach der Durchführbarkeit der Zwangssparkassenpläne nach ihrer versicherungstechnischen Prüfung. Die Durchführung der Haartz'schen Pläne bedeute eine Endbelastung des Sparers in Höhe von rund 20 Prozent, - ein Satz, der weit über den der Sozialversicherung hinausgehe.

Die "Gefahrengemeinschaft in der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung" erörterte Dr. Ordemann. Er führte im wesentlichen aus: Der berufliche Gefahrenausgleich erheische die Erstrebung einer gesunden Mittellinie. Die Bildung von Gefahrenklassen werde jedoch auf die Dauer nicht zu umgehen sein, wie man an den heute bereits bestehenden Sondervorschriften für Saisonarbeiter erkennen könne. Eine gewisse Auflockerung und Dezentralisation des Beitrages sei erwünscht. Der Gefahrenausgleich habe Vor- und Nachteile. Es komme alles darauf an, durch eine richtige Formgebung die Nachteile auf ein Minimum zu verringern und die Vorteile auszunutzen. Erst wenn die Mittel der Eigenhilfe erschöpft seien, dürfe der Grundsatz einer für alle und alle für einen angewandt werden.

Dr. Rocktäschel, der über "Sozialversicherung und Sozialbelastung" sprach, betonte, dass an Hand eines Vergleiches mit den Friedensjahren eine beträchtlich stärkere Beanspruchung der Kassen nicht geleugnet werden könne. Angesichts der fortschreitend günstiger lautenden Gesundheitsstatistik sei das befremdlich

und lasse den Gedanken an eine unbillige Ausnutzung der Krankenkassen aufkommen. Eine Reform der Krankenversicherung sei schon aus diesen Gründen notwendig. Die Regierung verspreche sich von dieser Reform finanzielle Hilfe auch für die Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Rocktäschel kam zu dem Schluss, dass bei der gegenwärtigen grossen Wirtschaftskrise in der Sozialversicherung eine Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar sei. Ebenso könne vorerst eine Erweiterung des Umfangs der Sozialversicherung nicht mehr in Frage kommen. Von einer Verwaltungsreform solle man sich nicht allzu viel Gewinn versprechen.

"Sozialversicherung oder Sozialversorgung?" war das Thema Dr. Heydes. Er erklärte nach einem Vergleich der deutschen Verhältnisse mit der Sozialversicherung des Auslandes, dass die Versuche, auf dem Weg der Versorgung soziale Aufgaben zu lösen, nicht als Vorbilder empfohlen werden könnten. Insbesondere sei die Art, wie z.B. Australien den Bezug einer Altersrente von Bedingungen (gute Eheführung, allgemeines Wohlverhalten, Nachweis des Mangels an Vermögen usw.) abhängig mache, für Deutschland unmöglich nachahmenswert. Die Frage, ob Versorgung oder Versicherung für ein Volk teurer oder billiger sei, könne man heute mit Hilfe von Vergleichen noch nicht beantworten. Es sei auch schwer zu sagen, ob Deutschland heutzutage die steuerlichen Mittel für eine Versorgung aufbringen könne. Im allgemeinen dürfe mit der Sozialversicherung, wie sie sich heute in Deutschland präsentiere, d.h. in ihrer vielfachen Verbindung mit dem Versorgungsprinzip zufrieden sein.

Den Schlussvortrag hielt Professor Dr. Briefs-Berlin. Er sprach über "Sozialversicherung und Wirtschaftsordnung," Die von Heimann in seinem Buch "Soziale Theorie des Kapitalismus" aufgeworfene Frage: "Ist die Sozialpolitik das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems?" verneinte Briefs mit der Begründung, dass die Sozialpolitik lediglich die Spannräume des kapitalistischen Systems einenge; sie baue sich jedoch auf diesem System auf. Die Sozialpolitik habe zwar die Spielregel des Liberalismus getroffen, nicht aber das kapitalistische System. Die Abhängigkeit der Sozialpolitik von ihrem Unterbau verpflichte zur Rücksichtnahme auf dessen Tragfähigkeit. Das sei die Frage, die bald in der Praxis gelöst werden müsse. -

+ + +

Der Grundakkord, der durch alle diese kritischen Betrachtungen tönt, hört sich etwas verdächtig an. Er klingt wie eine leise Mahnung zum Abstoppen der Sozialreform. Soll das der Weisheit letzter Schluss sein? Vielleicht der Weisheit gewisser Professoren und Regierungsleute. Kann das kapitalistische System die von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialpolitischen Fortschritte wirklich nicht mehr tragen? Wenn ja, dann umso schlimmer für dieses System. Warum müssen partout die Fortschritte abgebaut werden? Kann man nicht ebenso altersschwach gewordene Fundamente durch bessere Pfeiler ersetzen? Auch die Arbeiter sind keine Fanatiker der Beitragszahlung. Aber deswegen haben sie noch keine Veranlassung zu rufen: Das Ganze halt! Mag sein, dass das kapitalistische System infolge des sozialpolitischen Fortschrittes an einem kritischen Punkt steht. Sollen aber die Arbeiter deshalb resignieren? Sie werden nicht resignieren, sondern marschieren, und nicht die Welt, sondern nur das, was an ihr besonders reformbedürftig geworden ist, nämlich die Nichtarbeitsbeschaffung des kapitalistischen Systems, wird bei dem Vormarsch der Arbeiter zusammenstürzen. Ein System, das Millionen von Menschen keine Arbeit geben kann - noch sind ja nicht die Sozialisten, sondern andere Leute die Arbeit-Geber - ist nicht wert, dass man von ihm wie vor einem Heiligtum scheu Halt macht.

SPD. In Bulgarien sind 2000 Erdarbeiter, die am Bau der grossen Wasserleitung Rila-Sofia beschäftigt sind, in Streik getreten. Wie der sozialdemokratische "Narod" mitteilt, hat die den Bau ausführende italienische Firma den Arbeitern Schand-Stundenlöhnen von 4 - 9 Lewa (14 - 24 Pfennig) gezahlt. Von diesen Löhnen wurden dann auch noch allerlei Strafgeelder in Abzug gebracht, so dass der Durchschnittslohn eines Arbeiters bei 12 stündiger Arbeitszeit

höchstens 60 Lewa (1,80 Mark) betragen. Die Arbeiter sind in erbärmlichen Baracken untergebracht und werden von den italienischen Aufsehern, die sich als fanatische Faschisten gebärden, schlimmer wie Sklaven behandelt.

Fast die gesamte bulgarische Presse verurteilt das fröche Verhalten der faschistischen Firma und nimmt für die Streikenden Partei. Behörden und Polizei haben sich bisher möglichst zurückgehalten. Es hat den Anschein, als ob die Forderungen der Ausst-ändigen auf Einhaltung des 8 Stundentages, Verbesserung der Löhne und menschenwürdige Unterbringung durchgesetzt werden.

SPD. Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wird uns geschrieben: Der Fischfirma Lisner und Söhne in Wesel (Rheinprovinz) will es nicht behagen, dass der gesetzliche Arbeiterschutz auch für ihr Personal gilt. Der "Herr im Hause-Standpunkt" kommt bei ihr wie kaum woanders rücksichtslos zur Geltung. Schiedssprüche werden von der Firma brüsk abgelehnt. Dass sich ihre Arbeiter organisieren, passt ihr auch nicht in den Kram, Da die Ware dieser Firma unter der Schutzmarke Reichskrone mit der Aufschrift "Lisners Fisch auf jeden Tisch" in den Handel kommt, wird es den Konsumenten nicht schwer fallen, ihre Solidarität den Beschäftigten gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

SPD. Die chilenische staatliche Pensions- und Versicherungskasse hat im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahr ihre Einnahmen nicht unwesentlich steigern können. Die Totalreserven betragen am Ende des vergangenen Jahres 159 545 988 Pesos.

Von dem chilenischen Alters- und Unfallversicherungssystem wird schätzungsweise 1 Million chilenischer Arbeiter erfasst.

SPD. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat dieser Tage zwei neue bemerkenswerte Schriften herausgegeben. Die eine, "Reichsarbeitsgerichts-Rechtssprechung zum arbeitsgerichtlichen Verfahren" stammt von Clemens Nörpel. Der Zweck ist, den überlasteten Gewerkschaftsfunktionären die Sorge um die Kenntnis der Verfahrensbestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Zivilprozessordnung so weit als möglich abzunehmen, damit sie sich mehr der Kenntnis und Durchsetzung des materiellen Rechtes widmen können. Sämtliche Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen zum arbeitsgerichtlichen Verfahren sind in der Broschüre berücksichtigt. Die Entscheidungen über das schiedsgerichtliche Verfahren und die Bescheide der Ministerien über die Ausschüsse für Lehrlingsstreitigkeiten sind besonders zusammengestellt worden. Die Anschaffung der Broschüre ist den Gewerkschaftsfunktionären dringend zu raten. Der Preis beträgt geb. 3,50 Mk., Organisationspreis 2,50 Mk.

Die zweite Veröffentlichung des ADGB stammt von Gertrud Hanna; sie trägt den Titel "Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt" Sie eröffnet eine neue Schriftenreihe der Verlagsgesellschaft des AGDB. "Internationale Sozialpolitik". Der internationale Frauenschutz ist noch wehr wenig bekannt. Der Preis für Hannas Büchlein beträgt 60 Pfg., Organisationspreis 40 Pfg.